

Bardt, Hubertus

Working Paper

Verteidigungsausgaben in der (wirtschafts)politischen Diskussion

IW-Policy Paper, No. 12/2018

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Bardt, Hubertus (2018) : Verteidigungsausgaben in der (wirtschafts)politischen
Diskussion, IW-Policy Paper, No. 12/2018, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/180836>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen
Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle
Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich
machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen
(insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten,
gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort
genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal
and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to
exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the
internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content
Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise
further usage rights as specified in the indicated licence.*



IW-Policy Paper 12/18

Verteidigungsausgaben in der (wirtschafts)politischen Dis- kussion

Dr. Hubertus Bardt

Köln, 11.07.2018

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
1 Einleitung	4
2 Internationale Forderungen nach höheren Verteidigungsausgaben	4
3 Verteidigungsausgaben im internationalen Vergleich	5
4 Struktur der Verteidigungsausgaben in Deutschland	10
5 Fazit	14
6 Literatur	14
Abbildungsverzeichnis	15
Abstract	16

JEL-Klassifikation:

H56 – Staatsausgaben für den Verteidigungssektor

H87 –Internationale öffentliche Güter

F02 –Nicht wirtschaftliche internationale Organisationen

Zusammenfassung

Die deutschen Verteidigungsausgaben werden im Rahmen der NATO immer wieder als zu niedrig kritisiert, insbesondere von Seiten der US-Administration. Auch wenn die Bindungswirkung des Ziels für die Militärausgaben in Höhe von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts strittig ist, hat es doch erhebliche politische Relevanz. Deutschland bewegt sich seit Jahren deutlich unter diesem Ziel und wird es auch nach den aktuellen Haushaltsplanungen in den nächsten Jahren nicht erreichen. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern hat Deutschland seine Verteidigungsausgaben nach dem Ende des Kalten Krieges deutlich gesenkt und auf dem niedrigeren Niveau gehalten. In den Achtziger Jahren lagen die Ausgaben in Deutschland noch zwischen zwei und drei Prozent des BIP, heute sind es laut der NATO-Definition noch 1,2 Prozent. Die beiden europäischen Atomkräfte geben jährlich rund 2 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für die Landesverteidigung aus, nachdem es gegen Ende des Kalten Krieges bis zu fünf Prozent waren. Verglichen mit dem absoluten Niveau von 1990 konnte Deutschland eine Friedensdividende von über 400 Milliarden Dollar in Form von geringeren Ausgaben einfahren. Die aktuellen außenpolitischen Diskussionen, eine sich verändernde Sicherheitslage und vielfach beklagte Ausrüstungsmängel der Bundeswehr können zu steigenden Ausgaben und damit zu zusätzlichen Risiken für den Bundeshaushalt führen. Die bisherige Finanzplanung spiegelt dies nur eingeschränkt wider.

1 Einleitung

Die Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit gehört zu den grundlegenden staatlichen Aufgaben. Diese öffentlichen Güter werden über die öffentlichen Haushalte und damit über das Steuersystem finanziert und haben damit in der Haushaltsplanung eine wichtige Stellung. Aktuell werden für Deutschland mögliche Mehrbelastungen durch höhere Verteidigungsausgaben diskutiert, gleichzeitig werden Ausrüstungsdefizite der Bundeswehr beklagt. Die Forderungen nach höheren Beiträgen zum Bündnis durch die USA sowie die neuen sicherheitspolitischen Bedrohungen insbesondere durch Russland erhöhen den Druck nach zusätzlichen Ausgaben. Der Verteidigungsetat ist damit in seiner Höhe seit längerem wieder einmal in den Fokus der öffentlichen Diskussion geraten. Gleichzeitig wird diskutiert, ob die Europäische Union eine größere Rolle bei der Verteidigungspolitik spielen kann, schließlich handelt es sich bei der öffentlichen Sicherheit um ein europaweites öffentliches Gut.

2 Internationale Forderungen nach höheren Verteidigungsausgaben

Insbesondere aus der international diskutierten Anhebung der Verteidigungsausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts würde eine erhebliche Aufstockung des Verteidigungsbudgets folgen. Für 2017 waren im Bundeshaushalt 37,0 Milliarden Euro für das Verteidigungsministerium (Einzelplan 14) vorgesehen. Dies entspricht bei einem Bruttoinlandsprodukt von 3,26 Billion Euro einem Anteil von 1,13 Prozent. Ein Anteil von 2 Prozent wäre bei Verteidigungsausgaben in Höhe von 65,3 Milliarden Euro erreicht. Dazu wäre aber eine Aufstockung des Budgets um gut drei Viertel oder 28,3 Milliarden Euro notwendig – plus eine weitere Erhöhung entsprechend dem weiteren Wirtschaftswachstum.

Die Forderung nach einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 2 Prozent, die insbesondere auch US-Präsident Trump immer wieder vorbringt, basiert auf einem entsprechenden Ziel des NATO-Verteidigungsbündnisses. Erstmals wurde die Größe von 2 Prozent beim NATO-Gipfel 2002 genannt, mit der ein ausreichender Beitrag der neuen Bündnis-Mitglieder als erfüllt angesehen werden sollte (Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags, 2017). Entsprechend wurden auch die bestehenden Mitglieder damals angehalten, vergleichbare Beiträge zu erfüllen. Diese Zielmarke wurde im Anschluss mehrfach wiederholt und fand beim NATO-Gipfel in Wales 2014 erstmals Eingang in die Abschlusserklärung. In dieser heißt es, die Verbündeten „aim to move towards the 2% guideline within a decade with a view to meeting their NATO Capability Targets and filling NATO's capability shortfalls“ (NATO, 2014). Das Ziel wird nicht als feste Zusage einer Ausgabenhöhe formuliert, sondern als Bestreben einer Erhöhung auf 2 Prozent mit Blick auf die bestehenden Defizite der NATO-Fähigkeiten. Als vorgelagerte Schritte werden die Ziele formuliert, einen Rückgang der Verteidigungsausgaben zu stoppen und die realen Ausgabe bei wachsendem Bruttoinlandsprodukt zu steigern. Diese Schritte wären unnötig und irrelevant, wenn ein absolutes Ausgabenziel in Höhe von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vereinbart wäre.

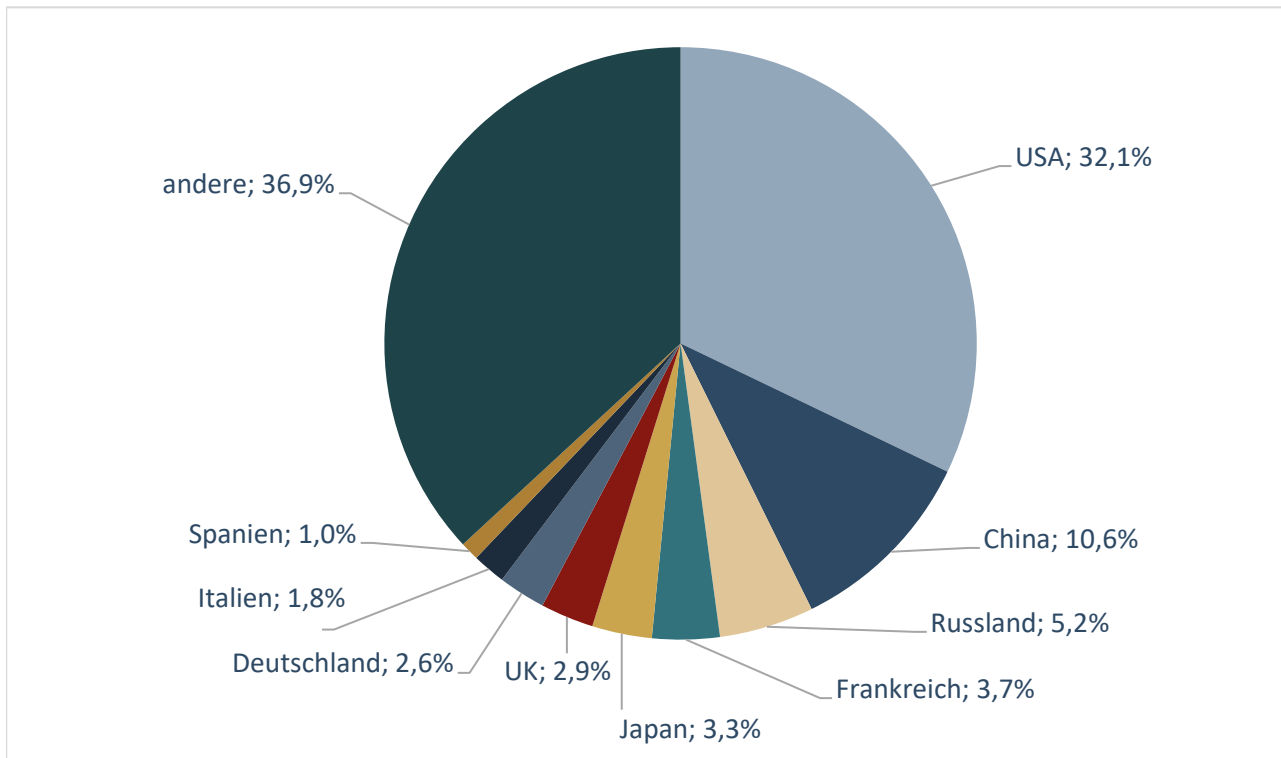
Aber auch wenn das 2-Prozent-Ziel keine oder zumindest eine umstrittene rechtliche Verbindlichkeit hat, ist es doch politisch von hoher Bedeutung. Ein Rückgang oder auch nur eine reale Stagnation der Verteidigungsausgaben Deutschlands wäre bündnispolitisch kaum mit den bestehenden Vereinbarungen in Einklang zu bringen. In Anbetracht des außenpolitischen Drucks, der insbesondere von der Trump-Administration in den USA herrscht, ist auch bei fehlender rechtlicher Verbindlichkeit des 2-Prozent-Ziels doch von einer hohen politischen Bedeutung auszugehen. Eine Steigerung der Verteidigungsausgaben wird teilweise durch ergänzendes nicht-finanzielles Engagement in der NATO substituiert werden können. Mit dem Risiko deutlich über die bisherigen Planungen hinausgehender Ausgaben im Haushalt des Verteidigungsministeriums muss jedoch gerechnet werden.

3 Verteidigungsausgaben im internationalen Vergleich

Die Vereinigten Staaten verfügen mit großem Abstand über das größte Militärbudget der Welt (nach der auf NATO-Klassifikationen basierenden Zusammenstellung durch SIPRI, 2017). Allein ihre Ausgaben belaufen sich auf ein Drittel der weltweiten Militärausgaben (Abbildung 3-1). Die nächsten beiden Länder – China und Russland – kommen kumuliert nur auf die Hälfte der amerikanischen Summe. Diese Ausgaben der USA sind Basis ihrer weltweiten militärischen Präsenz und ihrer dominanten internationalen Stellung. Die Militärausgaben der EU sind mit 16 Prozent genau halb so hoch wie die der USA, dreimal so groß wie die Russlands. Innerhalb Europas stehen die Verteidigungsausgaben Frankreichs hervor, die mit 3,7 Prozent rund zwei Drittel des russischen Niveaus ausmachen. Da das Preis- und Lohnniveau in Russland aber geringer ist, dürfte der russische Vorsprung tatsächlich deutlich größer sein. An zweiter Stelle der EU folgen das Vereinigte Königreich mit 2,9 Prozent und Deutschland mit 2,6 Prozent der weltweiten Militärausgaben. Der Anteil der EU wird nach dem Brexit auf 13 Prozent schrumpfen und damit verglichen mit den USA weiter an Bedeutung verlieren.

Abbildung 3-1: Anteil der Militärausgaben an den weltweiten Militärausgaben

in Prozent, 2016, basierend auf 2010er US-Dollar

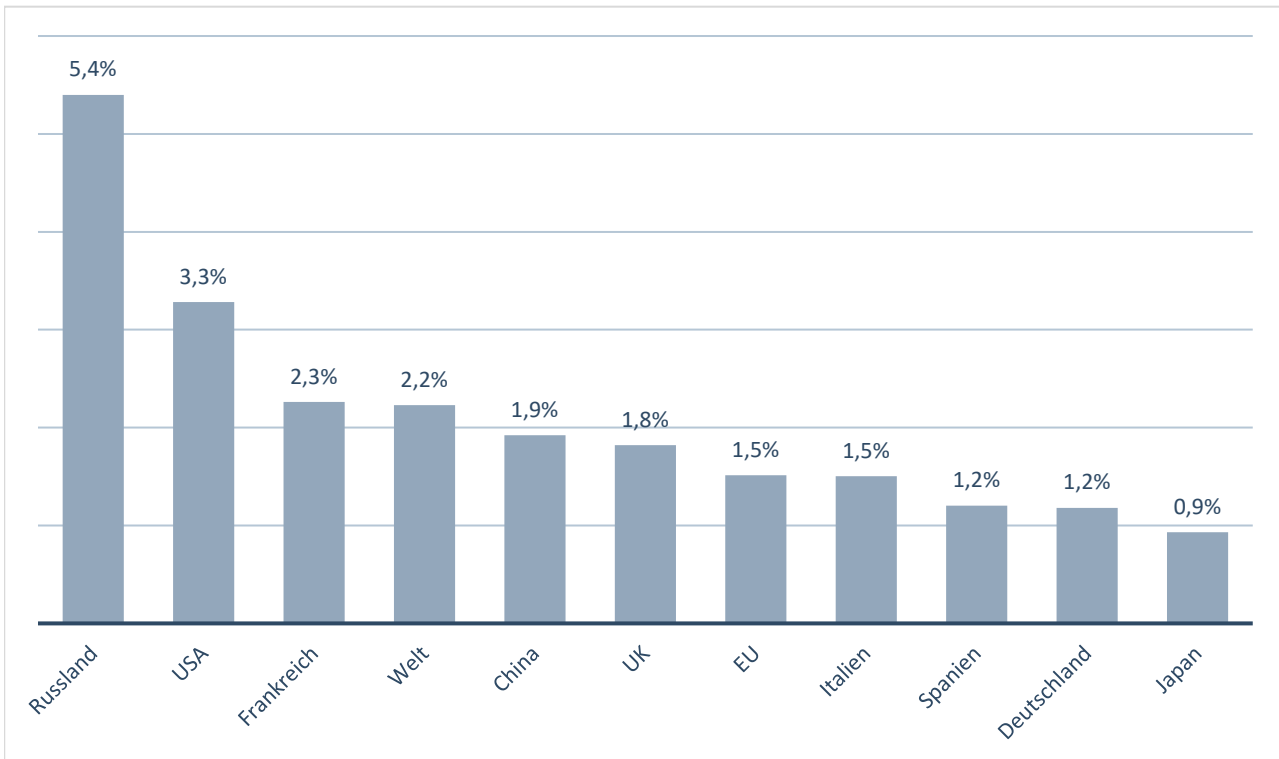


Quellen: Weltbank; IW

Die vielfach beachtete Größe von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts wird weltweit durchschnittlich übertroffen (Abbildung 3-2). Insgesamt werden 2,2 Prozent des Weltinlandsprodukts für militärische Zwecke ausgegeben. Der größte Anteil unter den großen Ländern wird von Russland aufgebracht, wo 5,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für das Militär ausgegeben werden. In den USA sind es 3,3 Prozent. Von den großen europäischen Ländern liegt Frankreich mit 2,3 Prozent knapp über, UK mit 1,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts knapp darunter. Die EU insgesamt liegt mit 1,5 Prozent deutlich darunter, Deutschland kommt auf 1,2 Prozent (2016, gemessen in 2010er US-Dollar). In Asien zeigt sich das militärische Engagement Chinas in einem Anteil von 1,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, während Japan gerade einmal 0,9 Prozent für militärische Zwecke ausgibt.

Abbildung 3-2: Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt

in Prozent, basierend auf 2010er US-Dollar, 2016



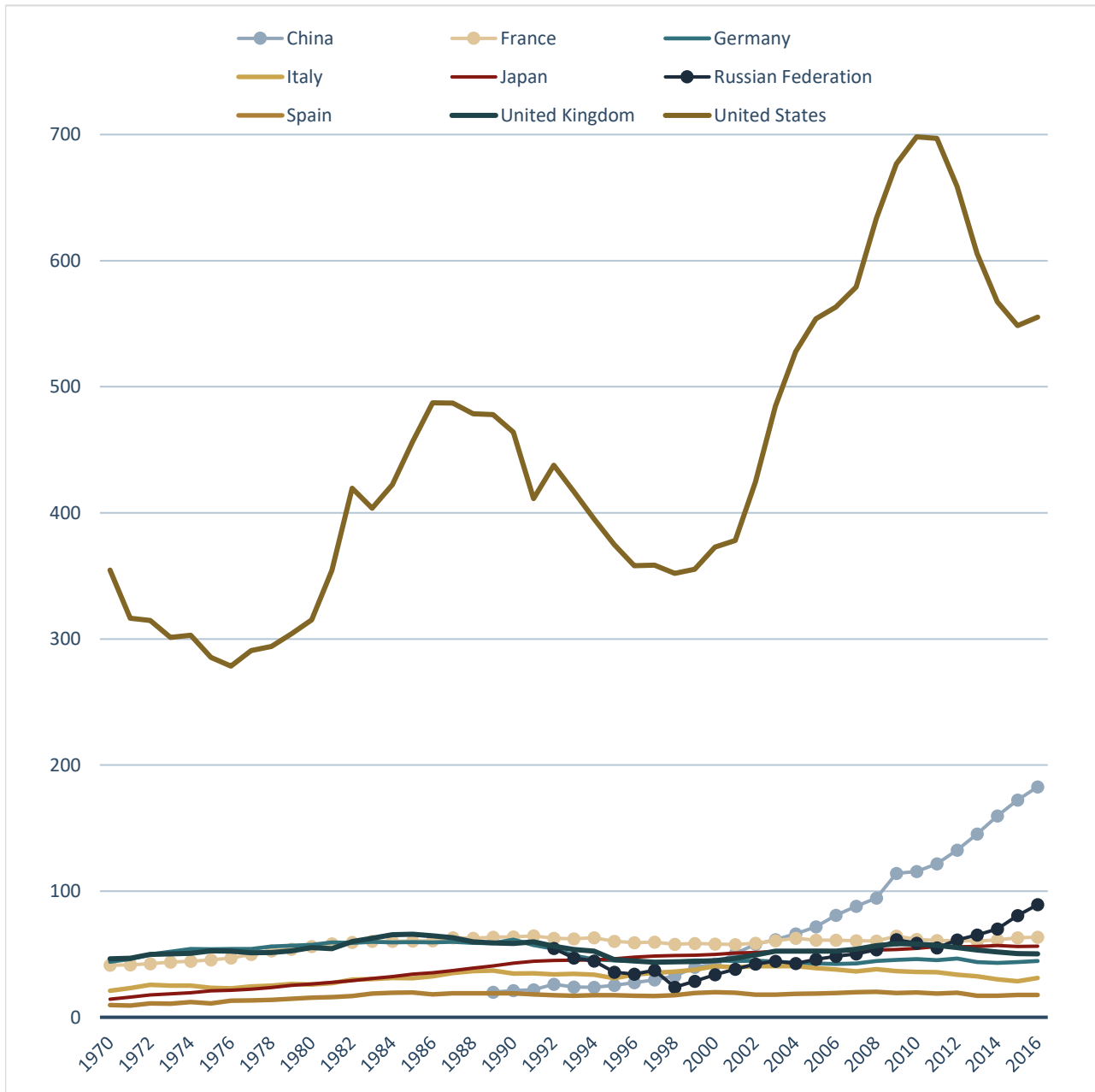
Quellen: Weltbank; IW

Die Veränderung im Zeitablauf zeigt vor allem, wie sich das Ende des Kalten Krieges auf die jeweiligen Militärausgaben ausgewirkt hat. So ging in Deutschland nach der Wiedervereinigung das Verteidigungsbudget deutlich zurück. Der Auftrag der Bundeswehr wandelte sich von der Landesverteidigung mit einer großen Truppenstärke vor dem Hintergrund eines drohenden Angriffs des Warschauer Pakts hin zu Auslandsmissionen unter dem Dach der UNO oder der NATO, die auf einen niedrigeren Personalbesatz basieren. Die Zahl der Soldaten sank von rund einer halben Million in den siebziger und achtziger Jahren auf inzwischen unter 180.000. Gleichzeitig wurde die Nationale Volksarmee der DDR integriert, die zuletzt rund 150.000 aktive Soldaten gezählt hatte. Die Aussetzung der Wehrpflicht war in Deutschland ein weiterer grundlegender Einschnitt, der nicht zuletzt Kosteneinsparungen mit sich bringen sollte.

Die deutschen Verteidigungsausgaben sanken von 1990 bis 1994 schnell von rund 60 auf rund 45 Milliarden Dollar (2010er US-Dollar) und verblieben seitdem real auf diesem Niveau. Der Rückgang von rund einem Viertel des Budgets ist größer als in den anderen vergleichbaren Ländern, wobei für die früheren Ostblockstaaten keine ausreichenden Daten vorliegen. Insgesamt beläuft sich die deutsche Friedensdividende in Form von reduzierten Verteidigungsaufgaben gegenüber 1990 auf 419 Milliarden US-Dollar. Ohne diesen Rückgang, wäre also das Verteidigungsbudget heute wieder auf dem absoluten Niveau von 1990, müsste der Verteidigungshaushalt um ein Drittel ansteigen und damit um fast 13 auf 50 Milliarden Euro erhöht werden. Dies würde dann einem Anstieg auf 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entsprechen, was immer noch deutlich unter der 2-Prozent-Marke liegen würde.

Abbildung 3-3: Entwicklung der Militärausgaben 1970 bis 2016

in 2010er US-Dollar



Quellen: Weltbank; IW

In absoluten Größen zeigt sich (Abbildung 3-3), dass die deutschen Verteidigungsausgaben in realen US-Dollar sehr viel stärker zurückgegangen sind als die der anderen großen europäischen Länder. Gegen Ende der achtziger Jahre hatten Großbritannien und Frankreich ähnlich hohe Militärbudgets wie Deutschland. Das Vereinigte Königreich hatte seine Ausgaben zunächst in ähnlichem Umfang reduziert wie Deutschland, sie dann aber wieder auf rund 50 Milliarden Dollar (reale 2010er Dollar) angehoben, wodurch sie derzeit gut 12 Prozent über dem deutschen Niveau liegen. Zwischenzeitlich kam es jedoch zu erheblichen Mehrausgaben, sodass das Budget in den Jahren 2008 bis 2011 bei annähernd 60 Milliarden Dollar und damit praktisch wieder auf

dem Niveau des Kalten Krieges lag. Dieser zwischenzeitliche Anstieg ist im Wesentlichen auf die Einsätze in Afghanistan und im Irak zurückzuführen. Während Großbritannien zumindest zeitweise eine Friedensdividende in Form von niedrigeren Verteidigungsausgaben verzeichnen konnte, war das französische Budget vom Ende des Kalten Krieges praktisch nicht berührt. Die Verteidigungsausgaben liegen seit den achtziger Jahren bei um die 60 Milliarden Dollar, im Regelfall eher darüber. In nominaler nationaler Währung stellt sich das etwas anders dar. Verglichen mit 1990 lagen die Verteidigungsausgaben Deutschlands im Jahr 2016 um rund 15 Prozent höher. In Frankreich legten sie um 47 Prozent zu, im Vereinigten Königreich sogar um 75 Prozent.

Auch in der zeitlichen Entwicklung zeigt sich die anhaltende Dominanz der USA. Hier wurden in den späten achtziger Jahren bis zu annähernd 490 Milliarden Dollar für militärische Zwecke ausgegeben. Bis Ende der neunziger Jahre ging dieser Wert deutlich zurück und erreichte einen Tiefpunkt von gut 350 Milliarden. Die Kriege in Afghanistan und dem Irak führten innerhalb einer Dekade zu einer Verdoppelung der realen Militärausgaben auf 700 Milliarden Dollar, nominal war der Anstieg mit über 150 Prozent noch höher. Inzwischen wurden die Ausgaben auf ein Niveau von rund 550 Milliarden Dollar etwas zurückgefahren. Gleichzeitig nahmen in Russland und vor allem in China die Militärbudgets deutlich zu. China steigerte sein Budget von 20 Milliarden Dollar 1990 auf inzwischen über 180 Milliarden Dollar; in Russland beläuft es sich nach einem Tiefstand von unter 24 Milliarden Dollar in 1998 zuletzt auf fast 90 Milliarden Dollar. Der kontinuierliche Zuwachs in beiden Ländern korrespondiert mit ihren außenpolitischen Ansprüchen und Machtbestrebungen.

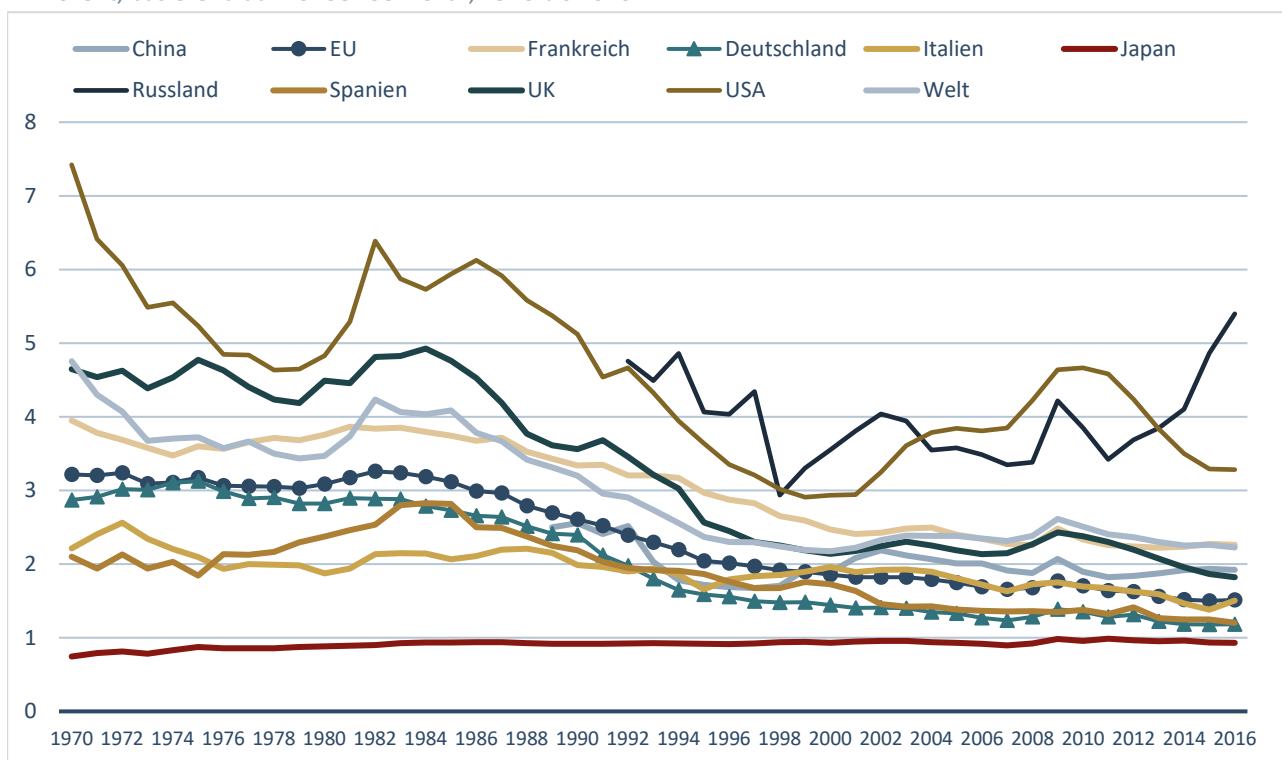
Die Verneunfachung der chinesischen Rüstungsausgaben geht einher mit einem beeindruckenden wirtschaftlichen Wachstumsprozess der letzten Jahre. Im Ergebnis ist der Anteil der Militärausgaben in China am Bruttoinlandsprodukt nicht gewachsen und bewegt sich seit langem bei, knapp unter 2 Prozent (Abbildung 3-4). Der Aufwuchs in absoluten Werten ist damit nicht durch eine Prioritätenverschiebung, sondern durch die zunehmenden wirtschaftlichen Fähigkeiten zur Finanzierung militärischer Strukturen geprägt. Anders sieht es in Russland aus, wo der Anteil der militärischen Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt seit Ende der neunziger Jahre von rund 3 Prozent auf zuletzt 5,4 Prozent deutlich zugenommen hat. Insgesamt bewegt sich Russland seit langem auf einem hohen Niveau und war vergleichbar mit den USA, zuletzt sind die Anteile der Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt in den USA jedoch zurückgegangen, in Russland hingegen deutlich gestiegen.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt sind die Militärausgaben seit den frühen achtziger Jahren deutlich zurückgegangen. Seit den frühen 2000er Jahren kam es in den meisten Ländern zu einer Verstetigung. So sank die Quote im Vereinigten Königreich von rund 4 Prozent in den achtziger Jahren über 3 Prozent Mitte der neunziger Jahre auf inzwischen rund 2 Prozent ab, die seit gut zehn Jahren ausgegeben werden. Am aktuellen Rand wird der 2 Prozent-Wert aber auch hier unterschritten. Frankreich zeichnete ein sehr ähnliches Bild. Hier war der Ausgangswert etwas niedriger, der heutige mit 2,3 Prozent hingegen etwas höher, sodass der Rückgang insgesamt moderater war. Seit der Jahrtausendwende ist der Anteil der Militärausgaben am französischen Bruttoinlandsprodukt praktisch konstant.

Deutschland bewegte sich ebenfalls in die gleiche Richtung. Anfang der achtziger Jahre lagen die Verteidigungsausgaben noch bei knapp unter 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, 1992 wurde die 2 Prozent-Marke unterschritten. Seit gut zehn Jahren bewegt sich die Quote in Deutschland nun zwischen 1,2 und 1,3 Prozent. Würde man in Deutschland das Vereinigte Königreich oder Frankreich als Referenz für eine angemessene Quote der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt heranziehen, müsste der Verteidigungshaushalt 50 bis 90 Prozent höher liegen als heute. Dies würde einem Zuwachs um 19 oder 33 Milliarden auf 56 beziehungsweise 70 Milliarden Euro entsprechen. Wäre im Anbetracht steigender Unsicherheiten für Deutschland das Ausgabenniveau der späten achtziger Jahre von rund 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts maßgeblich, lägen die Steigerungen bei 110 Prozent oder 41 Milliarden auf 78 Milliarden Euro jährlich. Dies ist natürlich utopisch und unter Sicherheitsaspekten auch nicht notwendig oder zweckmäßig, zeigt aber die Dimensionen, in denen bei sehr viel stärker angespannten Sicherheitslagen zu rechnen sein könnte.

Abbildung 3-4: Entwicklung der Anteile der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt

in Prozent, basierend auf 2010er US-Dollar, 1970 bis 2016



Quelle: Weltbank; IW

4 Struktur der Verteidigungsausgaben in Deutschland

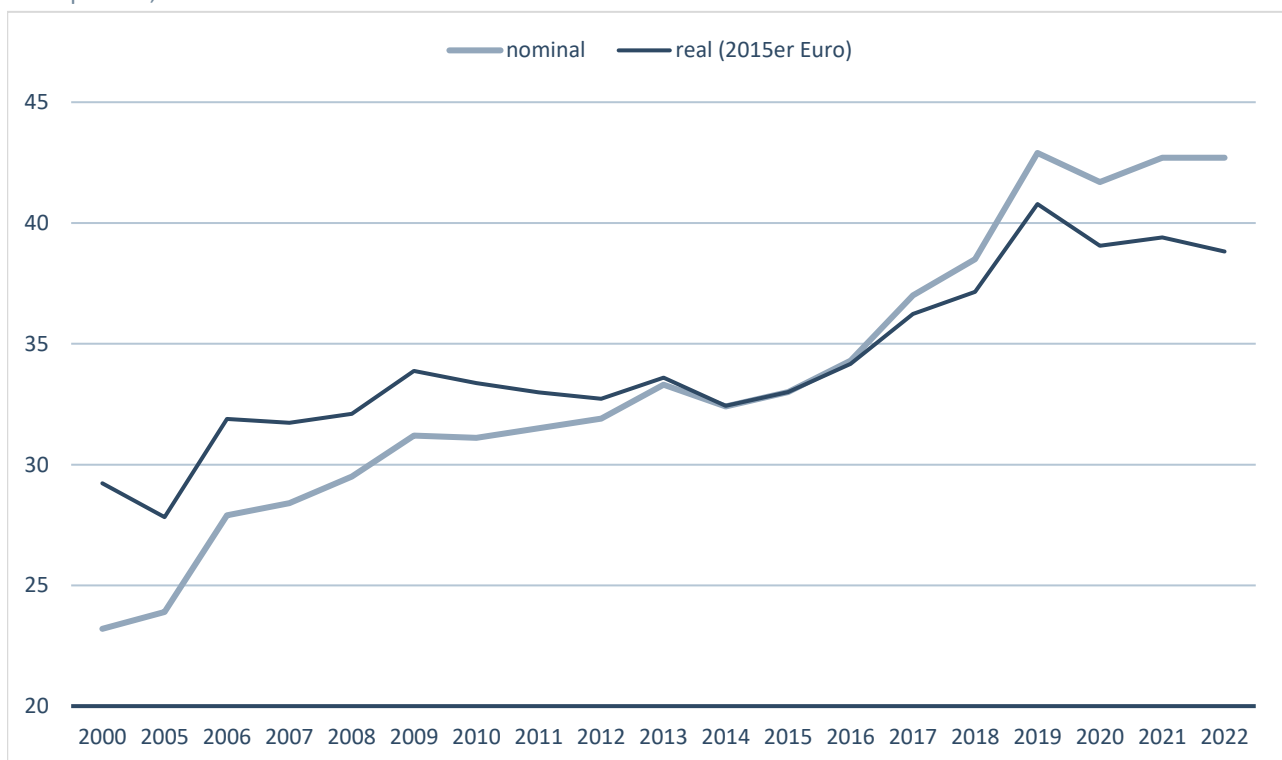
Der weitaus größte Teil der Militärausgaben ist im Verteidigungshaushalt, Einzelplan 14, zusammengefasst. Seit 2005 ist dabei ein deutlicher Zuwachs festzustellen (Abbildung 4-1). 2005 umfasste der Einzelplan 14 noch 23,9 Milliarden Euro, 2017 standen 37,0 Milliarden zur Verfügung.

Auch für die Zukunft ist eine weitere Ausweitung geplant. In der mittelfristigen Finanzplanung sind für 2022 42,7 Milliarden Euro vorgesehen. Deutliche Anstiege sind dabei vor allem zwischen 2016 und 2019 vorgesehen, mit einem Gesamtanstieg von 8,6 Milliarden Euro oder 25 Prozent in drei Jahren. Für die weiter folgenden Jahre ist jedoch wieder ein weitgehend nominal konstanter Verteidigungshaushalt bestimmt.

In realen Größen ist der Anstieg des Haushalts des Bundesverteidigungsministeriums deutlich geringer. Von 2005 auf 2006 stieg das Budget von 27,8 auf 31,9 Milliarden Euro (in 2015er Euro). Anschließend folgte eine Periode der realen Stagnation, 2016 lag der Haushalt real bei 34,2 Milliarden Euro. Der geplante Anstieg geht bis 2019 auf 40,8 Milliarden Euro, danach wird (bei einer Inflation von 1,5 Prozent) ein realer Rückgang des Verteidigungshaushalts auf 38,8 Milliarden Euro geplant.

Abbildung 4-1: Reale und nominale Verteidigungshaushalt in Deutschland

Einzelplan 14, in Milliarden Euro



ab 2018: Inflation 1,5 Prozent

Quelle: Haushaltspläne, ab 2020 mittelfristige Finanzplanung, Statistisches Bundesamt

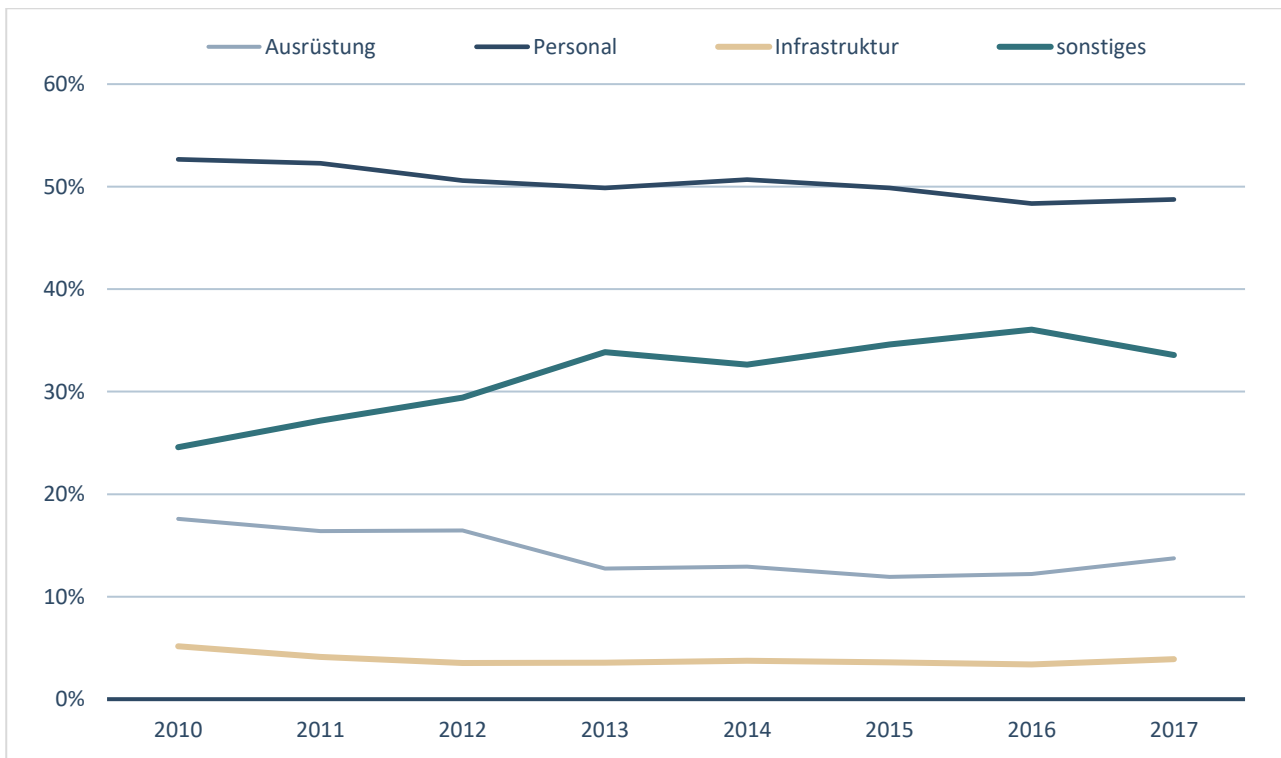
Problematisch ist neben der realen Dynamik des Haushaltsansatzes auch die Struktur der Militärausgaben. Gemessen an der NATO/SIPRI-Abgrenzung fällt ein Rückgang in zwei Kategorien auf (Abbildung 4-2). 2010 wurden noch 52,7 Prozent der Gesamtausgaben für Personal aufgebracht. Die Aussetzung der Wehrpflicht zum 1.1.2011 hat in den Personalausgaben keine sichtbaren Einschnitte mit sich gebracht. Der weitere Rückgang des Personals von 192.000 2012 auf 180.000 2017 (nach einem zwischenzeitlichen Minimum von 177.000) korrespondiert jedoch

mit den sinkenden Personalkostenanteilen, die 2017 auf 48,8 Prozent der gesamten Militärausgaben gesunken sind.

Noch deutlicher war die Schrumpfung der Ausrüstung an den gesamten Militärausgaben. 2010 lagen sie bei 17,6 Prozent, 2015 wurde ein Minimum von 11,9 Prozent erreicht. Der Anteil der Ausrüstung war in diesem Zeitraum um rund ein Drittel zurückgegangen. Die zahlreichen beklagten Ausrüstungsmängel sprechen dafür, dass hier kritische Mindestgrößen unterschritten worden sind. Erst am aktuellen Rand kam es wieder zu einem gewissen Anstieg der Ausrüstung auf nunmehr 13,8 Prozent der Militärausgaben.

Abbildung 4-2: Struktur der gesamten Militärausgaben

Anteile der Hauptkategorien nach NATO/SIPRI-Definition



Quelle: NATO, 2018

Deutlich angestiegen sind im Gegensatz dazu die sonstigen Ausgaben – von 27,2 Prozent in 2010 auf 33,6 in 2017 Prozent. Darin enthalten sind auch Verwaltungsausgaben. Gemessen am Bundeshaushalt sind die Anteile der sachlichen Verwaltungsausgaben (die Personalausgaben für Verwaltungsaufgaben sind darin nicht berücksichtigt) von 3,1 Prozent in 2005 über 3,6 Prozent in 2010 auf 6,0 Prozent in 2017 angestiegen und haben sich in ihrer Bedeutung damit in zwölf Jahren praktisch verdoppelt.

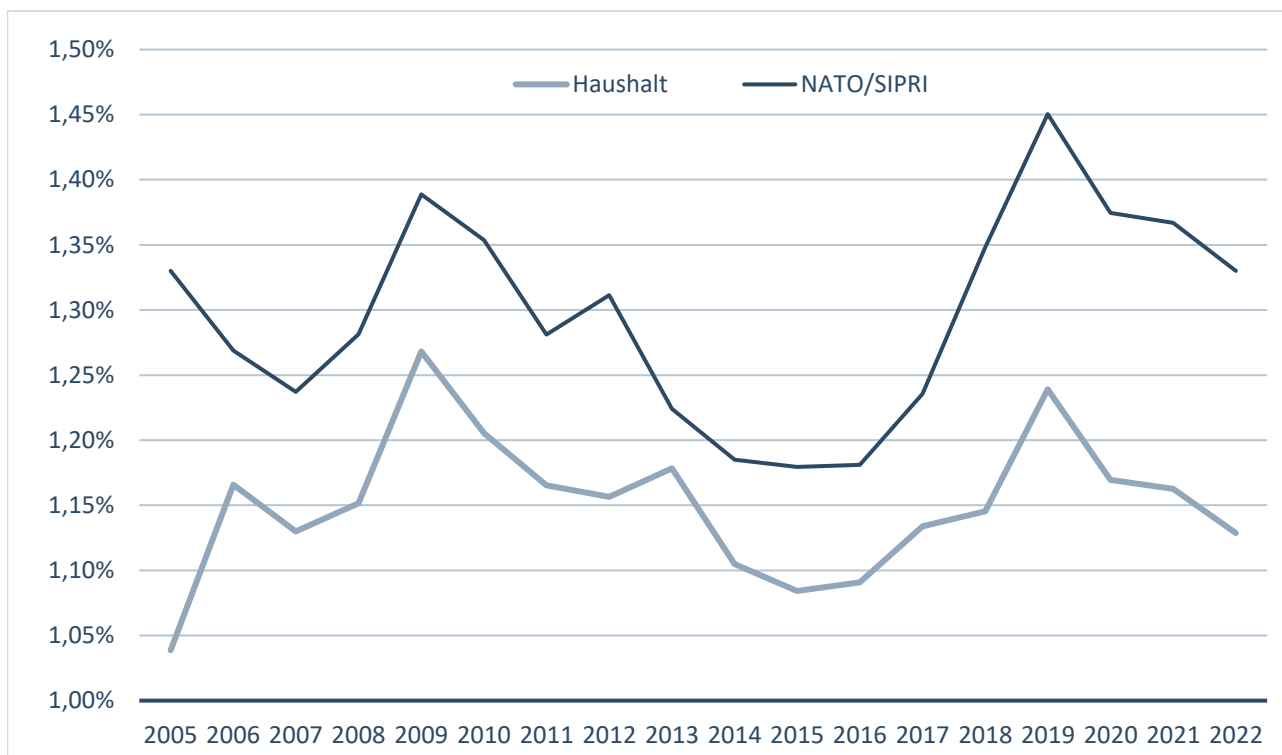
Der geplante Anstieg der Verteidigungsausgaben wird an der Relation zur Wirtschaftsleistung nichts Wesentliches ändern (Abbildung 4-3). Der Bundeshaushalt erreichte in der jüngeren Vergangenheit seine Spitze mit 1,27 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für den Einzelplan 14 im Jahr 2009, das Minimum lag 2015 bei lediglich 1,08 Prozent. Die bisher geplant Fortsetzung der

Ausgabensteigerung wird unter der Annahme eines nominalen BIP-Wachstums von 3 Prozent im Jahr dazu führen, dass die Quote des Verteidigungshaushalts 2019 bei 1,24 des Bruttoinlandsprodukts liegen wird. Anschließend ist mit einem erneuten Rückgang auf 1,13 Prozent bis zum Ende der mittelfristigen Finanzplanung im Jahr 2022 zu rechnen, wenn die mittelfristige Finanzplanung nicht verändert wird.

Die für die internationale Diskussion wichtigere Kennziffer ist der Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt gemäß der von der NATO vorgenommenen Abgrenzung. Dieser Wert liegt systematisch etwas höher als der reine Verteidigungshaushalt, entwickelt sich typischerweise aber parallel. Auch hier lag 2009 der Höhepunkt der letzten Jahre mit einem Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt von 1,39. Der Tiefpunkt wurde 2014 bis 2016 mit jeweils gerade einmal 1,18 durchschritten. Der darauf folgende Anstieg mit 1,24 Prozent in 2017 und 1,35 Prozent in 2018 wird 2019 bei 1,45 Prozent sein Ende finden. 2022 wird der Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt nach der aktuellen mittelfristigen Finanzplanung des Verteidigungshaushalts auf 1,33 Prozent schrumpfen. Darin ist bereits unterstellt, dass die anderen Teile der Militärausgaben genauso schnell wachsen wie der Haushalt des Verteidigungsministeriums.

Abbildung 4-3: Entwicklung von Verteidigungshaushalt und Militärausgaben

Anteil am Bruttoinlandsprodukt



ab 2018: eigene Schätzung; nominales Wirtschaftswachstum 3 Prozent, konstanter Wechselkurs von 2017, paralleles Wachstum der weiteren Militärausgaben nach NATO/SIPRI-Definition

Quellen: Weltbank; NATO; Haushaltspläne; ab 2020 mittelfristige Finanzplanung; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

5 Fazit

Die Frage nach einer gerechten Lastverteilung ist ein seit längerem schwelender Verteilungskonflikt innerhalb des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses, der auch den Charakter des öffentlichen Gutes widerspiegelt. Zuletzt ist er durch die scharfen Forderungen von US-Präsident Trump an die Bündnispartner und insbesondere Deutschland sehr viel akuter geworden. Bisher ist die Marke von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Militärausgaben das angestrebte Ziel, über dessen Verbindlichkeit es unterschiedliche Vorstellungen gibt. Eine alternative Bemessung als Wert pro Kopf der Bevölkerung wäre für Deutschland noch deutlich nachteiliger. Ob andere Formen der Lasttragung wie die Einbindung in internationale Einsätze helfen werden, die finanziellen Forderungen abzuwehren, bleibt abzuwarten. Klar ist aber, dass Deutschland seit vielen Jahren eine unterdurchschnittliche Entwicklung der Verteidigungsausgaben verzeichnet. Keines der großen Länder hat eine ähnlich hohe Friedensdividende im Sinne von sinkenden Militärausgaben nach dem Ende des kalten Krieges realisiert und dauerhaft beibehalten. Schon vorher war die finanzielle Belastung Deutschlands nicht übermäßig groß.

Ausstattungsängel und eine sich verändernde Sicherheitslage mit einem militärisch expansiven Russland und den Vereinigten Staaten, die sich tendenziell aus ihrem europäischen Engagement zurückziehen sprechen auch materiell dafür, dass es in Zukunft zu wieder zunehmenden Verteidigungsausgaben kommen wird. Die mittelfristige Finanzplanung des Bundes spiegelt das bisher nur sehr eingeschränkt wieder.

6 Literatur

NATO, 2014, Wales Summit Declaration - Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Wales, Brüssel
https://www.nato.int/cps/ic/natohq/official_texts_112964.htm [02.07.2018]

NATO, 2014, Defence Expenditure of NATO Countries (2010-2017), Brüssel

SIPRI – Stockholm International Peace Research Institute, 2017, Armaments, Disarmament and International Security, SIPRI Yearbook 2017, Stockholm

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags, 2017, Kurzinformation – Zur Entstehungsgeschichte und rechtlichen Bindungswirkung Zwei-Prozent-Zielvorgabe der NATO für den Anteil der nationalen Verteidigungsausgaben am jeweiligen Bruttoinlandsprodukt, Berlin
<https://www.bundestag.de/blob/505886/e86b5eccc480c0415bff0d131f99789f/wd-2-034-17-pdf-data.pdf> [02.07.2018]

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 3-1: Anteil der Militärausgaben an den weltweiten Militärausgaben.....	6
Abbildung 3-2: Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt	7
Abbildung 3-3: Entwicklung der Militärausgaben 1970 bis 2016.....	8
Abbildung 3-4: Entwicklung der Anteile der Militärausgaben am	10
Abbildung 4-1: Reale und nominaler Verteidigungshaushalt in Deutschland	11
Abbildung 4-2: Struktur der gesamten Militärausgaben.....	12
Abbildung 4-3: Entwicklung von Verteidigungshaushalt und Militärausgaben	13

Abstract

German defense spending is repeatedly criticized by NATO partners, especially by the current US administration, as too low. While the commitment to military spending of 2 percent of gross domestic product is controversial, it has considerable political relevance. Germany has been moving significantly below this target for years and will not reach it even in the next few years. Unlike other European countries, Germany has significantly reduced its defense spending since the end of the Cold War and kept it at a lower level. In the eighties, spending in Germany was still between two and three percent of GDP, today, according to the NATO definition, it only reaches 1.2 percent. The two European nuclear powers spend about 2 per cent of GDO for defense each year. In the last years of the Cold War it went up to about 5 per cent. Compared to the absolute level of 1990, Germany was able to earn a peace dividend of over \$ 400 billion in the form of lower spending. The current foreign policy discussions, a changing security situation and equipment deficiencies of the Bundeswehr can lead to rising expenditure and thus to additional risks for the federal budget. The current financial planning reflects this only to a limited extent.